Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

Preis 200 Mark

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag,
1. Juni 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5080—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 12000 ℳ monatlich.

In Fällen höherer Gewalt, vom Betriebsstörung, vom Streik oder erzwungenem Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahle eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 1000 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile. Behördliche Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

1. 6. a Nr. 249 200
62. Jahrgang.

Streifzug durch die Ruhrdebatte.

Ein kleiner Streifzug durch die „Opposition", auf die Poincaré bei den letzten Ruhrdebatten der Kammer stieß, ist lehrreich für das Verständnis der französischen Politik gegenüber Deutschland sowohl wie für das Wesen des französischen Parlamentarismus und der berühmten westlichen Demokratie.

Loucheur blieb im Hintergrunde. Er ist höfe auf Poincaré. Aber er mag es für gewisen halten, nicht in dem Augenblicke vorzustoßen, in dem die Kammer sich entschied, Poincaré faßt unbeschränkt ihr Vertrauen zu bekheinigen. Louis Dubois machte den sichtschlechtern Versuch, einige Kritik an Poincaré zu üben. Der Versuch klang in ein selbstgefälliges Eigenlob aus. Hat er nicht als Vorsitzender der Reparationskommission immer wieder darauf gedrängt . . . hat er nicht dem Ministerpräsidenten immer wieder gesagt, daß man ohne England . . . mit einem Worte also, hat er nicht recht gehabt? Poincaré stattete mit Dank. Dubois, der einst, nach seinem Rücktritt vom Vorsitz der Reparationskommission, eine Erleichterung hatte, indem er schrieb, Deutschland würde seinen Kredit in der Welt finden bei einer Belastung mit 132 Goldmilliarden, hat längst dieser Tag der Erkenntnis verleugnet und ist, in der Absicht, Verdienst seiner eigenen Vergangenheit zu sein, ein Verteidiger Poincarés geworden.

Beinahe energisch machte sich die Opposition Herriots aus. Der Lyoner Bürgermeister hat selbst für französische parlamentarische Verhältnisse eine bewegte Vergangenheit. Poincaré machte, als er sein Kabinett bildete, den Versuch, Herriot an seinen Wagen zu spannen, und hat ihn, sich ein beliebiges Portefeuille auszusuchen. Der radikal-sozialistische Führer aber hielt eine Rolle als Schein-Opposition für ihn dankbarer. Wie ernst er sie auffaßte, beweist die Erklärung, die er seinerzeit Poincaré gab, daß er zwar aus prinzipiellen Gründen seiner Partei in die Opposition gehen müsse, daß er aber bereit sei, diese Opposition auf das Notwendigste zu beschränken, Seine Rede im Verlauf der Debatte begann also mit der Feststellung, daß die jetzige Lage „unter allen Umständen" eine Änderung erfahren müsse, und schloß mit der Bemerkung, daß er „darum" für die Ruhrkredite stimmen werde. Zur Wahrung der Prinzipien seiner Partei fügte er der letzteren Bemerkung die Klausel bei, es sei außerordentlich „interessant für Deutschland, einen Kontakt mit den deutschen Demokraten zu suchen. Man müsse diesen Deutschen zeigen, daß man sie, wofern sie Frankreich keine Reparationen verschaffen, in ihren Anschauungen unterstützen würde. Muß man dieser Erklärung noch etwas hinzufügen?

Focht Herriot unter Parteidevise, so fritt der gewitzte Tardieu als treuer Diener seines Meisters Clemenceau und im gekränkten Gefühle eines Mannes, der die Politik aller Rachefolger des Tigers als Dilettantenmachwerk und übles Spielgemenge verachtet. Dieser kleinbürgerliche Haß gegen alle „Verfassücher" und „Bernaßferer" des unantastbaren Versailler Instrumentes hat bei Tardieu beinahe etwas Pathologisches. Seinem Zorn fingen sich die Motive seiner Opposition. Sie ist um ihrer selbst willen da. Er bemäßelt die Höhe der Ausgaben — er verlangt im selben Atem mehr Truppen im Ruhrgebiet. Er nennt die Ruhrschlacht das „Verdun des Friedens", und er hält zwei Minuten später die Aktion für vollkommen in der Ordnung, Vierundzwanzig Stunden nach der feigen Ermordung Schlageters hält er die Bestrafung der „Geboteure" im Ruhrgebiet für zu milde und gibt der Gewissenlosigkeit und aller Moral baren Skrupellosigkeit eines Poincaré die billige Gelegenheit, sich mit diesem Mord öffentlich zu brüsten. Nichts hat Poincaré im Ruhrgebiet getan, was Tardieu nicht besser gemacht hätte. Wahrhaftig, wenn er nicht wohlweislich vor seiner Rede schon erklärt hätte, daß er für die Kredite stimmen werde, muß hätte seine heftige Attacke für ein Ereignis halten können. Poincaré aber lannte den schmälenden Überstiles besser und brachte ihn dazu, das Verlangen, er solle flipp und klar gegen die Kredite stimmen, in nicht geringe Verlegenheit.

Niemanden hat das Abstimmungsergebnis überrascht. Selbst die sehr bürgerlichen Abgeordneten, die eine Ablehnung wagten, würden in Verlegenheit geraten, wenn man sie nach positiven Zielen fragte. Es gibt einsach in dieser Kammer des Chauvinismus keine andere Politik als die eines Poincaré, und keine der geringfügigen Abweichungen, die irgendein Nachfolger Poincarés aus persönlichen oder parteipolitischen Motiven eintreten lassen würde, würde auf der Seite der gegen Deutschland gerichteten Politik liegen. Wenn es notwendig und möglich war, nach dieser Debatte die Frage zu stellen, ob sich herrschenden nationalen Blocks noch klarer zu schauen als vorher, so kann man vielleicht entschiedener noch feststellen als bisher: Diese „Kammer der Siege" will den Frieden nicht, dies „demokratische" Parlament will nicht beschirt sein, es will sein Ziel der Vernichtung nicht aufgeben, selbst wenn die Ruinen Frankreichs noch ein Denkmal seiner lang Chauvinismus und Volksverhetzung predigen sollen. Dies Parlament wird sich durch nichts belehren lassen als durch die rauhe Hand der Wirklichkeit. Es ist das Zeugnis der dreiundzwanzig Reden und dieser lächerlichen Opposition. W. Bhg.

Noch keine Verhandlung des Pariser Kassationshofes über den Krupp-Prozeß.

Paris, 1. 6. (W. T. B.) Havas dementiert die Nachricht des „Matin", die Strafkammer des Kassationshofes habe sich gestern mit dem Prozeß Krupp von Bohlen und Halbach und der Direktoren der Krupp-Werke beschäftigt. Man könne den Tag, an dem die Verhandlungen stattfinden werden, noch nicht voraussagen.

Amtl. Dollarkurs: 74750.
Effekten und Devisen stürmisch steigend.

Gefährliche Indiskretionen.

Deutsche Forschungsreisen in London. — Englische „Ratschläge" für die deutsche Note. — Baldwin lehnt jede Verantwortung ab.

A. **London**, 1. 6. (Eigenbericht)

Ueber den Inhalt der neuen deutschen Vorschläge sind in englischen politischen Kreisen verschiedene angeblich Einzelheiten bekannt geworden. Sie stammen teils aus der Presse, teils aus den Andeutungen der deutschen politischen Forschungsreisenden, die sich noch der jetzt üblich gewordenen Methode in London Rat holen wollen. Ob diese Indiskretionen richtig sind oder nicht, so erweisen sie sich jedenfalls als außerordentlich schädlich. Ein Beweis dafür sind die heutigen offiziösen Informationen des „Daily Telegraph", in denen bereits wieder versichert wird, daß alle diese Nachrichten in London die größte Ueberraschung und Enttäuschung hervorgerufen hätten. Die angebliche Absicht der deutschen Regierung, ihre Mitteilungen nicht direkt an Frankreich zu richten, wirke natürlich in Frankreich als Beleidigung aufgefaßt werden. Nicht weniger entläuscht sei man auch darüber, daß Deutschland nicht den Plan bejahender Zahlungen bis zu einer Gesamtsumme von 50 Milliarden Goldmark anbieten wolle. Wenn von englischer Seite aus andere Ratschläge nach Deutschland gegeben worden sein sollten, so seien diese Ratgeber nicht autorisiert gewesen. Desgleichen sei auch der Vorschlag der Einsetzung einer internationalen Kommission zur Feststellung der deutschen Schuldsumme praktisch nicht durchführbar und daher abzulehnen. Die deutsche Regierung müsse aufs neue die Vorteile des Planes der abgekürzten Jahreszahlungen prüfen und nicht eine Erhöhung der Totalsumme ablehnen. Dies sei wenigstens die Ansicht derjenigen englischen Kreise, die wirklich beurteilen können, was für England annehmbar sein würde.

Von diesen Bemerkungen ist besonders die entschiedene Ablehnung einer internationalen Kommission bemerkenswert. Die „Times" hat kaumlich erst gestern noch, in einem zweifellos inspirierten Artikel, diesen Plan in nicht weniger entschiedener Form empfohlen. Wem sicht bricht, wird von all diesen englischen Mahnungen und Warnungen an die deutsche Adresse zu helfen ist. **Die Wahrheit ist, daß man hier in politischen und finanziellen Kreisen die entschiedenartigsten Ratschläge hören kann, die alle zusammen kaum einen Wert haben, weil die englische Regierung ausdrücklich jegliche Verantwortung ablehnt.** Wie haben immer wieder betont, daß es keinen Zweck haben kann, in dieser Frage bei anderen Leuten Rat suchen zu wollen, sondern daß daraus im Gegenteil erste Ohrfeigen entstehen könnten. Wenn die deutsche Regierung glaubt, neue Vorschläge machen zu müssen, so ist es sicherlich das Klügste und das Wirksamste, wenn sie deren Inhalt nach bestem Wissen und Gewissen selbst bestimmt.

Wie gering die sachliche Bedeutung ist, die den britischen Aeußerungen des „Daily Telegraph" beigemessen werden muß, ergibt sich aus einer Pariser Bericht der „Times". Während der „Daily Telegraph" bereits von einer Beleidigung Frankreichs spricht, wird in der „Times" behauptet, daß man in Paris die Lage hoffnungsvoller betrachtet, obgleich die Meldungen über den Inhalt der kommenden deutschen Note wahrscheinlich doch auch dort bekannt geworden sein dürften.

Die „Westminster Gazette" versichert, daß das Kabinett Baldwin eine entschiedenere Haltung in der Reparationsfrage einnehmen werde als die vorige englische Regierung. Die englische Antwort auf die deutsche Note werde erkennen lassen, daß England seine Politik der wohlwollenden Neutralität aufgegeben die Absicht habe.

Budgetzwölftel-Wirtschaft in Frankreich.

S. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Der Senat hat das Budgetgesetz für den Monat Juni mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Die Gesamtberatung des Budgets für 1923 wird aber Voraussicht nach erst Mitte Juni im Senat beginnen und voraussichtlich 14 Tage dauern. Unter diesen Umständen wird die Bewilligung eines weiteren Budgetzwölftel für den Monat Juni unausbleiblich. Das Budget kann danach günstigstenfalls erst am 14. Juli verabschiedet werden. Die Wirkung dieser neuen eigenartigen Finanzpolitik macht sich auch in Frankreich allmählich bemerkbar. Schon seit langem sollen wichtige Diplomatenposten, so der in New York und in Rom neu besetzt werden. Aber im Etat des Außenministeriums sind die Kredite noch wenigen Mittel nicht vorgesehen, so daß jetzt nicht einmal die Umzugskosten für die Botschafter und sonstige Ausgaben vorhanden sind.

Der Senat hat Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten hat gestern eine Besprechung über die Ruhrereignisse und das Reparationsproblem stattgefunden. Im Schoß hat der Kommission mitgeteilt, daß Poincaré demnächst in diesen Fragen vor der Finanzkommission und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Senat erscheinen wird.

Der belgische Eisenbahnerstreik

Brüssel, 1. 6. (W. T. B.) Wie die „Agence Belge" meldet, hat der Aktionsausschuß der nationalen Gewerkschaft der Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals gestern eine Tagesordnung angenommen, in der er von der Mitteilung Kenntnis nimmt, die die Behörde über die Absichten der Regierung, die Forderungen des Personals in ernste Erwägung zu ziehen, sobald die Ruhe wieder hergestellt sei, übermittelt haben. Die Tagesordnung erklärt, man dürfte sich nicht den lächerlichen Anklagen aussetzen, daß der Streikfonds mit deutschem Gelde gespeist sei, (!) und bedauert, daß die Aktionsausschuß mit allen Kräften auf das Personal einwirken soll, es dazu zu bewegen, die Arbeiten am Freitag, dem 1. Juni, wieder aufzunehmen. Wie die „Agence belge" weiter mitteilt, wurden gestern nachmittag in Brüsseler politischen Kreisen versichert, daß gegen die Senatoren Fraiture und Renier in Verfolg der Entdeckung einer Reihe interessanter, sich auf den Eisenbahnerstreik bezieht Dokumente die strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet werden wird.

Französische Drohungen gegen England.

Der Kampf um die „Maulkorbverordnung" im Saargebiet.

S. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Die heftigen französischen Angriffe gegen die englische Politik wegen der von England geforderten Untersuchung der Tätigkeit der Saar-Regierungskommission nehmen sich heute ihren Fortgang. Pertinax springt im „Echo de Paris" den gestrigen Attacken des „Temps" bei und bemüht sich, den französischen, ablehnenden Standpunkt noch schärfer zum Ausdruck zu bringen. Seine Ausführungen gipfeln in dem Satze: „**Daß Ministerium Baldwin beginnt sich über in den französisch-englischen Angelegenheiten. Der Regierungsgerichtsrat von Robert Cecil und die Ankündigung des Eintritts von McKenna waren schon schlimme Vorzeichen. Wird es dann möglich sein, selbst einen Schein der „Entente cordiale" überhaupt noch zu wahren?**"

Die englische Note ist inzwischen dem Quai d'Orsay übergeben worden und enthält die Ankündigung der englischen Absicht, beim Völkerbund die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Zustände im Saargebiet zu beantragen. Eine gleichlautende Note ist allen anderen Völkerbundsmitgliedern übermittelt worden. Ueber die nächsten Schritte der französischen Regierung wird hier das Folgende angedeutet:

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Frankreich bereits mitgeteilt, daß er den englischen Vorschlag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundrats am 25. Juni gesetzt habe. Frankreich wird sofort den englischen Regierung und dem Bunde davon Kenntnis geben, daß es diesem Schritt nicht zustimmt. Da der Friedensvertrag Frankreich das Recht zur Ausbeutung der Saargruben gebe, sei die Verordnung der Saarregierung vom 7. März (die berüchtigte „Maul"-verordnung, Red.) mit vollem Rechte erlassen worden. Einzig und allein, soweit die politische Bestimmungen enthalte, könne die Verordnung einer Revision unterzogen werden.

*

Die „Maulkorbverordnung" der Saarregierung vom 7. März stellt so ziemlich das Schlimmste dar, was eine von fremden Mächten eingesetzte Regierungsgewalt in dem ihr übergeordneten Lande sich gesleistet hat, und wirkt nur durch das Verfahren der Rheinlandkommission im Rheinland übertroffen. Herr Raoul Berthelot, als er das Mandat zur Ausarbeitung der Verordnung erhielt, von der Verschärfung des Saarlandesrats auf die ihm ausgelieferte Bevölkerung losließ, auf — das deutsche Gesetz zum Schutze der Republik vom 27. Juli 1922. Der völlig politische Charakter der Verordnung erhellt aus den hauptsächlichsten Strafbestimmungen, die mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, mit Zuchthaus, Zwangsarbeit und hohen Geldstrafen gehen bedrohen, der den Verfasser Vertrag „über den Völkerbund oder Mitglieder" der Regierungskommission zur Verfügung stellt. Gestützt auf die Verordnung ist der Knebelverordnung nichts anderes als ein Mittel zur Bekämpfung des Saarbergarbeiterstreiks. Gestützt auf sie wollte er den Bergarbeitern den letzten Rest politischer Selbständigkeit nehmen und sie zu gefügigen Werkzeugen der französischen Politik machen.

Welche neue Not die „Not"-Verordnung über das schwergeprüfte Saarland gebracht hat, geht aus der Art ihrer Durchführung hervor. Die Werkzeuge des Herrn Raoul trieben es so weit, daß sie die Rechte der Mitglieder des Völkerbundes über das Benehmen der von dem Bund selbst eingesetzten Regierungskommission erschwerten. Schwedischer Initiative ist zuzuschreiben, daß dieses Ding im Völkerbundsrat aufgerollt wurde. England hat die Angelegenheit durch den Antrag auf eine Untersuchungskommission in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Wenn auch der Völkerbund nur so viel, wie es die Rücksicht auf Frankreich gebietet, sich mit der Frage beschäftigen wird, so ist doch zu hoffen, daß die unerhörte Vergewaltigung der Bevölkerung des Saargebiet, einmal vor das Forum der Oeffentlichkeit gebracht, in Zukunft nicht mit der gleichen Unbekümmertheit fortgesetzt werden.

Nur zur Erläuterung der rein machtpolitischen Absichten des Herrn Raoul sei erwähnt, daß die Einzelheiten seiner Maulkorbverordnung beinahe identisch sind mit den Forderungen der zweiten Tardieu-Denkschrift, deren nackter Imperialismus seinerzeit großes Aufsehen in der ganzen Welt erregte.

Der Fall Höllein vor der Kammer.

Paris, 1. 6. (W. T. B.)

Die Kammer beschäftigte sich gestern abend mit der Frage, ob der Abgeordnete Berthon und der Berhaftung des deutschen Abgeordneten Höllein zur Beratung kommen soll. Der Abg. Herriot erklärte, die deutsche Regierung wende gegen Frankreich verbotene Methoden an. Er besprach den Fall des Bezirksamtes Cerf aus Kaiserslautern, der seinerzeit Wunden in Deutschland festgehalten werde und verlange, daß die deutschen Gefangenen solange in Frankreich festgehalten würden, bis die französischen Gefangenen in Deutschland die Freiheit gesetzt würden. Kriegsminister Maginot rief dazwischen: „**Darüber können Sie beruhigt sein.**"

Der Abg. Fabry besprach den Fall Sabouret. Der Abg. Stefferi erklärte, um die Gerichtsbarkeit der Kammer zu erlangen, daß die Berufsjournalisten der Gesahr aussetzen, der Spionage verdächtigt zu werden, müsse man zu Repressalien übergehen und die deutschen Regierung mitteilen, daß man ähnliche Maßnrregeln ergreifen würde.

Der Minister des Innern erinnerte daran, daß der Abg. Höllein ohne Paß nach Frankreich gelangt sei, nicht um der Regierung Cuno, sondern um der französischen Regierung Umgelegenheiten zu bereiten, so daß nur noch ein Ausnahmezustand bestehe.

Schließlich wird die Interpellation der Kommunisten mit 465 gegen 91 Stimmen auf unbestimmte Zeit vertagt.

Neue Hetzreden der französischen Staatslenker.

Ansprachen Millerands und Poincarés bei der Pasteurfeier in Straßburg.

Paris, 1. 6. (T. U.)

In Straßburg wurde gestern ein Pasteur-Denkmal enthüllt und aus diesem Anlaß eine Pasteurgedenkfeier abgehalten, an der wissenschaftliche Vertreter sämtlicher Länder mit Ausnahme Deutschlands teilnahmen. Vor dem Monument hielt der Präsident der französischen Republik Millerand eine Rede, in der er den Patriotismus Pasteurs und seine Haltung gegen Deutschland nach dem Kriege von 1870 feierte. Der belgische Vertreter, Professor Vordet, rühmte das französisch-belgische Bündnis, das der Krieg überstanden und jetzt zur gemeinsamen Aktion im Ruhrgebiet geführt habe. Auf dem Fest, der nachmittags im Pasteurmuseum abgehalten wurde, sprach Poincaré, der ausführte, daß Pasteur durch den deutsch-französischen Krieg von Straßburg, seiner geeinten Heimat, für immer abgeschnitten wurde, und daß er nach seinem Kriege geschrieben habe: „Haß gegen Preußen. Rache! Rache!" Pasteur hat, so sagte Poincaré, niemals an der Wiedervereinigung Straßburgs mit Frankreich gezweifelt, wenn er sie auch nicht erlebt habe.

*

Was ist es von der französischen „Kulturnation" gewohnt, daß sie politische Abneigung und Haß auch auf die Gebiete der Kunst und Wissenschaft, des Sports übertragen. Es ist bedauerlich nicht verwunderlich, wenn die Franzosen und ihre Brüder, die Wallonen in Belgien, die „frontière intellectuelle" zwischen sich und den Deutschen bei jeder unpassenden Gelegenheit noch höher bauen, als sie bisher war, und auch die Gedenkfeier für einen Mann von internationaler wissenschaftlicher und kulturellen Bedeutung, wie es Pasteur ist, zu müssen Hetzreien gegen Deutschland benutzen, gegen daßselbe Land, das die Größe des französischen Chemikers stets nichtsdestoweniger anerkannt hat. Im übrigen ist es unverständlich, weshalb Poincaré Straßburg als zweite Heimat Pasteurs feiert. Der große Gelehrte hat vom seinem Mährigen Leben ausgerechnet ganze fünf Jahre in der deutschen Stadt am Rhein zugebracht, und es ist ihm nie eingefallen, wegen dieses kurzen Aufenthaltes, der eine Episode in seinem Leben darstellt, Straßburg zu seiner zweiten Heimat zu stempeln.

Der deutsch-litauische Staatsvertrag abgeschlossen.

Die im November v. J. eingeleiteten Verhandlungen mit der litauischen Regierung über die Regelung der Fragen, die sich zwischen Deutschland und Litauen aus den Ereignissen des Weltkrieges ergeben haben, sind abgeschlossen worden, nachdem sie zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt haben. Ein entsprechender Staatsvertrag ist gestern nachmittag im Auswärtigen Amt von dem Staatssekretär in Memelland und Legationsrat Dr. Graf sowie dem litauischen Gesandten in Rom, Dr. Schaulis, unterzeichnet worden. Dr. Schaulis begibt sich heute nachmittag nach Dresden.

Zwei Schurken verhaftet.

Weil sie Schlageter an die Franzosen verraten haben.

Wie wir hören ist die beiden Denunzianten, deren Schlageter zum Opfer gefallen ist, inzwischen ermittelt und festgenommen worden. Nähere Einzelheiten können noch nicht mitgeteilt werden.

Zusammenstöße in Bautzen.

Zwei Tote.

Sd. **Bautzen**, 1. 6. (Eigenbericht) Am Mittwoch abend machen sich Gerüchte in Bautzen Unruhen bemerkbar und zwar hervorgerufen durch landfremde Elemente, die augenscheinlich aus Dresden und Berlin herbeigezogen worden waren, so wenigstens wie in Dresden Unruhen zu entgleisen. Genau wie in Dresden hatten die sogenannten Demonstrationen zunächst keinen gefährlichen Charakter, der jedoch bald eintrat, als die Bautzener Polizeikräfte nach Bautzen gezogen waren. Auch in Bautzen wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert und Gastwirtschaften von den Tumultanten geschlossen, während die noch übrig gebliebenen Polizeimannschaften im passiven Widerstand verharrten. Schließlich bildeten sich kommunistische Arbeiterbataillone, die in militärischer Ordnung die Straßen durchzogen und weitere Zwangsmaßnahmen vornahmen. Schließlich wurde es aber notwendig, Polizeiverstärkung heranzuziehen. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Tumultuanten, wobei letztere durch Gewehrfeuer zwei Tote verloren. Ihn Augenblick geht es in Bautzen noch etwas bedrohlich und bunter, doch scheint gemäßigte Polizei hinzuschaffen worden zu sein, um bald Ordnung zu schaffen.

Kommunistische Forderungen.

Ede Dreistigkeit.

Auf Veranlassung der Kommunistischen Partei tagte gestern im Reichstagsgebäude eine Konferenz von 120 Delegierten aus den Betrieben Berlins, des Ruhrgebiets und Sachsens. Reichstagsabgeordnete der K. P. D., der U. S. P. D. und der V. S. P. D. nahmen an der Sitzung teil. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Rücktransport der Reichswehrtruppen in ihre Standorte. 2. Verbot der „faßistischen" Organisationen und der Heranziehung der Feuerwehr zum Polizeidienst im Ruhrrevier. 3. Einstellung der „Propagandabeje" gegen die Kommunistische Partei. 4. Regelung der Löhne und Gehälter nach dem Teuerungsindex. 5. Anerkennung der proletarischen Hundertschaften. 6. Anerkennung der Kontrolle des Lebensmittelmarktes durch die Arbeiterschaft.

Die Vertreter der Regierung gaben, wie eine Korrespondenz berichtet, die Erklärung ab, daß sie diese Forderungen der Reichsregierung zur Kenntnis unterbreiten würden. Sollte das richtig sein, dann würden wir unser Erstaunen darüber aussprechen müssen, daß man den Kommunisten nicht auf das Gesetzgebungsamt und auf die ungeschwollene Dummdreistigkeit ihrer „Forderungen" hingewiesen hat.

Ein Balkanbund in Vorbereitung.

Griechenland will der Kleinen Entente beitreten.

S. **Paris**, 1. 6. (Eigenbericht)

Nach einer Meldung des „Petit Parisien" weilt der griechische Ministerpräsident Alexandris morgen nach Bukarest und Belgrad ab, um dort mit den rumänischen und serbischen Staatsmännern über einen Eintritt Griechenlands in die Kleine Entente zu sprechen. Ferner verlautet hier, daß die Bildung eines neuen Balkanbundes bevorstehe, in den auch Bulgarien eintreten werde.

Von Lausanne kommend ist gestern Venizelos in Paris eingetroffen.

Englands Bedingungen für die Räumung Konstantinopels.

Lausanne, 1. 6. (W. T. B.) Die englische Delegation soll sich in offiziösen Gesprächen mit den türkischen Delegierten bereit erklärt haben, in die Räumung Konstantinopels nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Türkei und eine alliierte Macht einzuwilligen.

Der Streit um die Kupons der ottomanischen Schuld.

Die Besprechungen der Neutralmächtigten über die Zahlungsweise für die Kupons der ottomanischen Schuld blieben gestern auch heute noch ergebnislos. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Falls eine Einigung über die Kuponfrage in diesen Tagen zustande kommt, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages noch Ende der nächsten Woche erfolgen kann. Es verlautet, daß sowohl Lord Curzon wie Poincaré und von italienischer Seite Marquis Garoni an der Unterzeichnung teilnehmen werden.

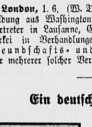
Englisch-türkischer Zollkonflikt.

London, 1. 6. Reuter meldet aus Konstantinopel, die türkischen Behörden hätten das Kommen gebrochen, wonach die Zölle an der Galata-Brücke für die Zinsabhlung der Manjajaanleihe von 1909 bestimmt sind. Sonntag wurden diese Einkünfte von den Türken beschlagnahmt. Hierdurch seien die britischen Beziehungen ernstlich gefährdet worden. Die Türken erklären, ihre Manjajaaltäfe sei leer, und die Zölle seien mehr als ausreichend, um die Jahreszahlungen zu decken. Sie behielten aber nicht nur den Ueberschuß, sondern den Gesamtbetrag der Zölle, der sich in der letzten Zeit verdierstacht habe.

Vertragsverhandlungen zwischen Amerika und der Türkei.

London, 1. 6. (W. T. B.) Nach einer Reutermeldung aus Washington wurde der amerikanische Vertreter in Lausanne, Grew, ermächtigt, mit der Türkei in Verhandlungen zum Abschluß eines Freundschafts- und Handelsvertrags oder mehrerer solcher Verträge einzutreten.

Ein deutscher Mann.



Arbeiter Baz.

Das französische Kriegsgericht hat den Arbeiter Baz vom Bochumer Gußstahlwerein wegen angeblicher Gefährdung der Besatzungstruppen zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die Mark fällt weiter.

Obwohl die Nachfrage nach Devisen an der heutigen Börse kleiner als gestern war, gingen die Devisenkurse weiter in die Höhe, da das Angebot sehr gering war. Der Dollar, welcher im gestrigen Abendfreiverkehr gegenüber der amtlichen Notiz eine Abschwächung erfuhr, setzte heute seine Steigerung auf 75 000 Mark fort. Die Kurse der übrigen Hochvaluten steigerten sich entsprechend. Absolut gesehen, bieten die Kursbewegungen an den letzten Tagen gerade ein erschreckendes Bild. Berücksichtigt man jedoch die prozentuale Steigerung, so ergibt sich, daß in früheren Perioden der Markentwertung, z. B. im Januar d. J., verhältnismäßig noch größere Kurssprünge zu verzeichnen waren. Das Bedenkliche des gegenwärtigen Marksturzes liegt darin, daß der Gegenwert der Mark allmählich so minimal geworden ist, daß selbst die schlechtesten mittel- und osteuropäischen Währungen vom Sowjetpapierrubel abgesehen, bedeutend höher als die Mark gewertet werden. Bedenklich ist ferner, daß alle behördlichen Mittel, mit denen der Markentwertung eventuell noch entgegengewirken vermag, erschöpft sind. Wenn derzeitige primäre marktechnische Mittel in Vorschlag gebracht werden, wie z. B. die Unterbindung des freien Devisenhandels außerhalb der behördlichen Notierungen, so bedeutet dies eben nur die ganze Schwierigkeit der Situation. Mit Palliativmitteln ist der Lage nicht mehr gerecht zu werden. Hier kann nur noch die Wiederherstellung einer normalen wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands helfen. Daß die Gefahr für Deutschland so große Dimensionen annehmen konnte, ist auf das Konto der gegen Deutschland angewandten Gewaltpolitik zu setzen. Für alles weitere Geschehen muß daher den Mächten die Verantwortung zugeschoben werden, die von ihrer politischen unerbittlichen Ueberlegenheit nicht den richtigen Gebrauch zu machen verstanden.

Die neuere Sozialpolitik in England.

Von
Dr. Charlotte Leubuscher, Göttingen.

II. *)

In den ihrem Organisationsgrade nach noch nicht für Wissenzwecke reifen Gewerben sind auf Grund des Gesetzes von 1918 staatliche Lohnämter errichtet worden, mit dem Rechte, gesetzliche Minimallöhne festzusetzen und hinsichtlich der übrigen Arbeitsbedingungen dem Arbeitsministerium Empfehlungen einzureichen. Seit etwa Jahresfrist macht sich jedoch eine starke Neigung nach Abbau des Lohnamtssystems und nach seiner Beschränkung auf die sogenannten Schnitzgewerbe geltend. Der Abbau der Lohnämter ist ein Teil jener Politik, die sich in den letzten Monaten ein Gegenstück zur Kriegspolitik mehr und mehr durchgesetzt hat, die Marktlage als entscheidenden Faktor für die Höhe der Löhne anzuerkennen und ihre Festlegung dem Machtkampf der organisierten Parteien zu überlassen. In manchen Fällen, so vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau, hat die Befolgung dieses Grundsatzes zu beträchtlichen Lohnsenkungen, zum Teil unter den Stand des Reallohnes von 1914, geführt und begegnet hier dem scharfen Widerstand der Arbeiter; in den gutorganisierten Gewerben wird sie jedoch auch von gewerkschaftlicher Seite als eine Notwendigkeit empfunden, um zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückzugelangen.

Die Arbeitszeit ist, abgesehen von bestimmten Personengruppen wie dem Bergbau, in England nicht durch Gesetz, sondern überwiegend durch Tarifvertrag geregelt. Auch hat die englische Regierung es bisher abgelehnt, Schritte zu tun, um das Achtstundenübereinkommen von Washington in die Gesetzgebung ihres Landes zu überführen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in England die Arbeitszeit heute durchschnittlich länger ist als in den Ländern, die den Achtstundentag durch Gesetz eingeführt haben. Abgesehen von den während der gegenwärtigen Depression in manchen Industriezweigen eingeführten Kurzarbeit dürfte der Achtstundentag bzw. die 44- bis 48 stündige Arbeitswoche überwiegen. Unmittelbar nach dem Kriege hat auch in England eine erhebliche Herabsetzung der Arbeitszeit stattgefunden. So hat eine Untersuchung, die in den Jahren 1920 und 1921 über die Arbeitszeit im Auftrage des Wirtschaftsbundes von einem gemeinsamen Ausschuß der beteiligten Unternehmerverbände und Gewerkvereine veranlaßtet worden ist, ergeben, daß in beiden Industriegruppen am Ende der vor dem Kriege herrschenden wöchentlichen Arbeitszeit von 53 Stunden die 47-Stundenwoche getreten ist.

Im Allgemeinen zeigt ein Vergleich der englischen und der deutschen Verhältnisse hinsichtlich der Arbeitszeitfrage, daß die Methode der Festsetzung in Ländern mit ähnlicher wirtschaftlicher und sozialer Struktur trotz scheinbarer Bedeutung ist, und daß vielmehr in erster Linie die allgemeine Wirtschaftslage und die jeweilige wirtschaftliche Machtverteilung den Ausschlag geben. Es ist ferner bemerkenswert, wie es zurzeit den Anschein hat, dauernd in seiner Ablehnung gegenüber einer allgemeinen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit verharren, kann nur abgewarten werden, daß die dort übliche durchschnittliche Arbeitszeit in normalen Zeiten nicht wesentlich von der bei uns herrschenden abweichen wird, besonders dann, wenn im Arbeitszeitgesetz die Möglichkeit geschaffen wird, die allgemeine Regelung des Gesetzes durch tarifvertragliche Abmachungen zu modifizieren.

Das sozialpolitische Zentralproblem bildet heute in England die Arbeitslosenfrage. Grundsätzlich neue Anregungen auf die englische Sozialpolitik sind von ihr aber kaum ausgegangen. Vielmehr handelt es sich bei den verschiedenen seit 1921 erlassenen Novellen zu dem ursprünglichen Gesetz fast durchweg um Notstandsmaßnahmen, die ergriffen werden mußten, um die Leistungen der Versicherung dem Ausmaß und der Dauer der gegenwärtigen Arbeitslosenkrisis anzupassen. Die durch das Gesetz vom Jahre 1920 eingebahnte Neuerung, nach der einzelne Gewerbe aus dem allgemeinen Arbeitslosenfonds ausscheiden und besondere Versicherungen mit ihrem Gesahrengrad angepaßten Beiträgen einrichten können, ist infolge der bald nach Erlaß des Gesetzes einsetzenden zunehmenden Arbeitslosigkeit bisher unausgeführt geblieben. Ueber die für eine spätere Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung gesammelten Erfahrungen hinaus kann die zum Teil schon über Jahresfrist währende Arbeitslosenkrisis insofern von allgemeiner Bedeutung für die englische Sozialpolitik werden, als sie mit großer Deutlichkeit neuen Kreisen namentlich der Arbeiterschaft den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftsfragen sowie allgemeiner Politik vor Augen geführt hat, daß die Heilung sozialer Schäden in erster Linie bei der Wirtschaft einsetzen muß. Zunächst liegen die praktischen Auswirkungen dieser Erkenntnis allerdings mehr auf allgemein politischem als auf engerem sozialpolitischem Gebiet.

Der allgemeine Eindruck, den die englische Sozialpolitik der Nachkriegszeit hervorruft, ist im Gegensatz zu der deutschen wesentlich der einer Wiederaufnahme und ruhigen Fortentwicklung der durch den Krieg unterbrochenen und zeitweilig in andere Bahnen gelenkten Entwicklung. Während die deutsche Sozialpolitik heute vor die Aufgabe gestellt ist, sich einer neuen politischen Verfassung, vor allem einer von Grund aus geänderten Stellung der Arbeiterschaft zum Staat und im Staat, sowie den gegenüber früher stark verengerten Daseinsmöglichkeiten des breiten Volkes anzupassen und sich mit der durch die Geldentwertung zerrissenen sozialen Umschichtung auseinanderzusetzen, sind in England nach Ueberwindung der Anormalitäten der Kriegszeit heute grundsätzlich neue Lösungen kaum zu finden. Damit wie zweifellos auch mit der geringen Neigung der Engländer, diese

*) Vergl. Nr. 237 des Blattes.